

Container neben der Kita

Stadtparlament beschließt Provisorium zum kurzfristigen Ausbau von U3-Plätzen

Von Thomas Holzamer

OBERTSHAUSEN • Zwölf zusätzliche U3-Betreuungsplätze will die Stadt kurzfristig schaffen. Entstehen sollen sie in einer provisorischen Containerlösung unweit der Kita Rodastraße.

WLAN-Hotspots, ein Standort für ein neues Jugendzentrum und die kurzfristige Schaffung zusätzlicher U3-Plätze standen auf der Tagesordnung der jüngsten Versammlung der Stadtverordneten. Lange wurde beim Thema U3-Betreuung nicht diskutiert. Angesichts des aktuellen Mangels an verfügbaren Plätzen (wir berichteten) haben alle Fraktionen den Bedarf erkannt und votierten einstimmig für den gemeinsamen Antrag der Großen Koalition aus CDU und SPD. Der beauftragt den Magistrat mit der kurzfristigen Schaffung von zunächst zwölf zusätzlichen Plätzen in einer provisorischen Containerlösung in unmittelbarer Nähe zur Kita Rodastraße.

Diese könnten nach dem Willen der Stadtverordneten auf 24 Plätze erweitert werden, wenn die Erfahrung zeigt, dass die Herausforderungen an das Team, die Küche und die Logistik der Kita dies stemmen können. Zur

Verstärkung für die Erzieherinnen der Einrichtung sollen die notwendigen zweieinhalb Stellen in diesem Jahr aus freien Kapazitäten im aktuellen Personalplan des Fachbereichs Soziales geschaffen werden. Zusätzliches Personal soll im kommenden Doppelhaushalt 2018/19 eingeplant werden.

Ebenso einstimmig wurde der Auftrag an den Magistrat beschlossen, infrage kommende Standorte für die Installation von öffentlichen WLAN-Hotspots im Stadtgebiet sowie die dafür aufzuwendenden Kosten für Technik und deren Unterhalt. Auch bei der Frage nach einem Standort für ein neues Jugendzentrum folgten die Stadtverordneten mehrheitlich dem Wunsch der Großen Koalition, den Magistrat mit der Prüfung von vier möglichen Arealen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Hermann-Hesse-Schule zu beauftragen.

Das Team der Jugendförderung leiste – trotz akutem Platzmangel im derzeitigen Juz – eine hervorragende Arbeit, stellte Lukas Kreher stellvertretend für die CDU fest. „Wir alle wollen ein neues Jugendzentrum“, die Frage sei nur, an welchem Ort und wie man die Finanzierung ge-

stalten könne. Mit der Prüfung wolle man bereits jetzt die Weichen für die Zukunft stellen und auch die Beantragung eventuell in Frage kommender Fördergelder erleichtern. Dem schlossen sich auch die Grünen an, die die Prüfung mit einem Änderungsantrag zunächst auf den von der Jugendförderung und der Schulleitung der Hermann-Hesse-Schule favorisierten Platz zwischen der Turnhalle der Schule und dem evangelischen Gemeindehaus beschränken wollten. Gegen die Entscheidung stimmten die Mitglieder der Bürger für Obertshausen (BfO). Dass man ein neues Ju-

„Müssen wissen, wie wir das alles bezahlen“

gendzentrum brauche, sei durchaus Konsens, erläuterte deren Fraktionsvorsitzender Rudolf Schulz, die Stadt müsse derzeit jedoch erst mal das neue Familienzentrum stemmen. Zudem seien auch die Sanierung städtischer Einrichtungen wie des Bürgerhauses und hohe Investitionen in Straßen und Kanäle zu schultern. Da erfordere es nach Ansicht der BfO zunächst mal einer Prioritätenliste. „Und wir müssen doch

auch sagen, wie wir das alles finanzieren wollen“, forderte er. Ansonsten könne man sich die Planungskosten sparen.

Für eine interkommunale Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Mühlheim beim Thema Klimaschutz sprach sich die Mehrheit der Stadtverordneten aus. Geplant ist die Kooperation bei der Erstellung eines Klimaschutzkonzepts, das einige Kommunen des Kreises und auch die Stadt Offenbach bereits vor mehreren Jahren eingeführt haben. Mit dem Schließen einer diesbezüglichen Vereinbarung mit der Nachbarstadt beauftragt der beschlossene Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem sich auch CDU und SPD anschlossen, den Magistrat.

Weiter beschäftigen werden sich die Parlamentarier indes mit dem zweiten Antrag der Grünen, die sich stellvertretend für die Naturschutzverbände eine detaillierte Erfassung der Biotope im Stadtgebiet und deren Eintragung in einer Karte wünschen (wir berichteten). Diese soll Unterstützung beim Erhalt der Artenvielfalt in Obertshausen bieten. Der Antrag wurde zurück zur Beratung in die Ausschüsse gegeben.